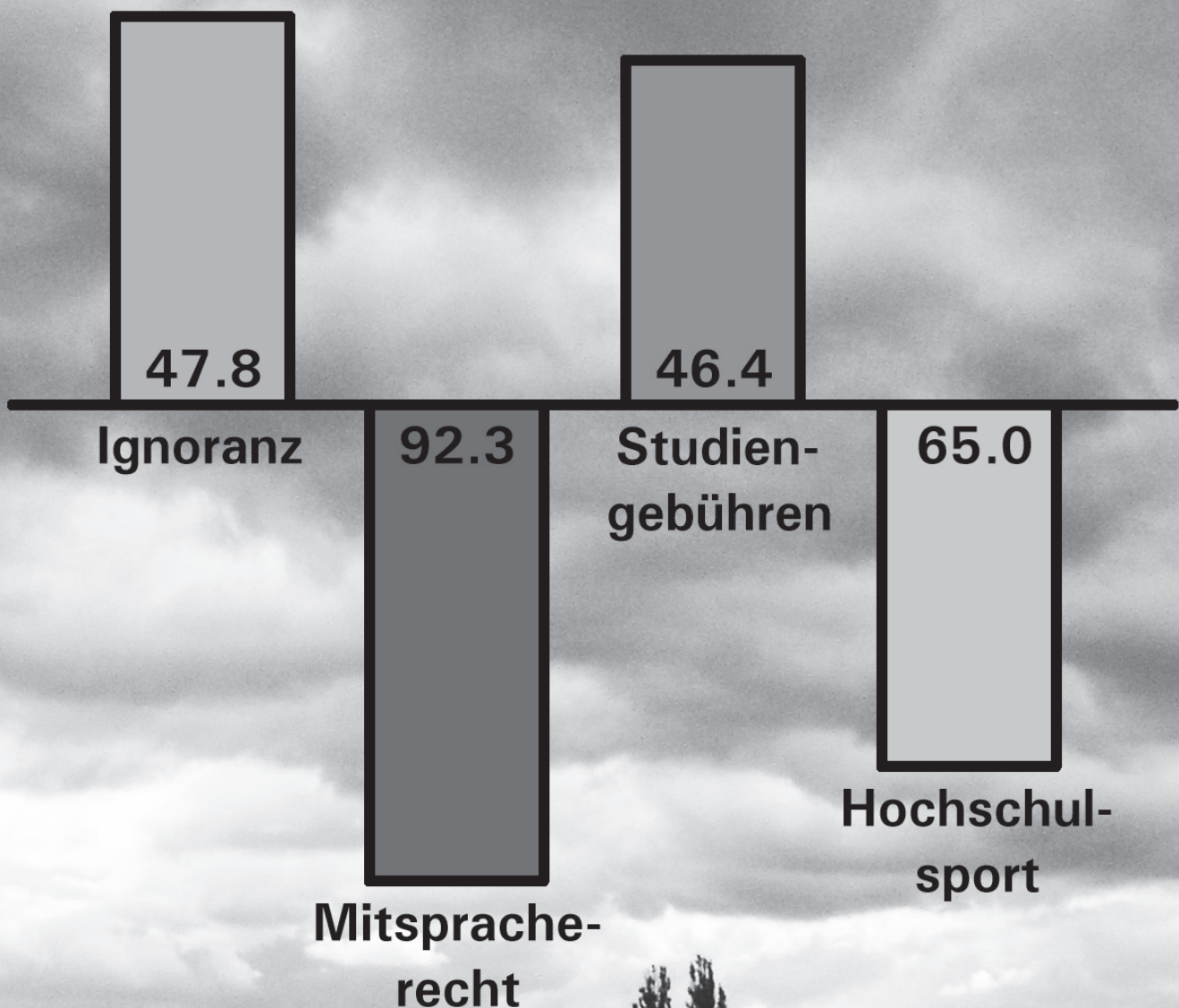


# Der Wolfgang

## Gewinne/Verluste

in %



## Editorial

Mieser Kommunikationsstil, Einbehaltung von der Studierendenschaft zustehenden Geldern, Missachtung der demokratischen Gremien und möglicherweise sogar Erpressung: Da ist einfach der Punkt erreicht, an dem hart reagiert werden muss. Der AStA ist letztes Jahr mit dem Vorsatz an die Arbeit gegangen, einen kooperativen Kurs mit dem Rektorat zu pflegen. Damit ist er gehörig auf die Schnauze gefallen.

Was ist nun vorgefallen, dass sich mal alle politischen Hochschulgruppen einig sind? Welche Ereignisse veranlassen den Babelsberger dazu, aus Dringlichkeit kurz vor seiner nächsten regulären Ausgabe gemeinsame Sache mit dem Bernd zu machen und so zu argumentieren? Überzeugt Euch selbst auf den folgenden Seiten.

---

## Was geschah...

5 Fachschaftsräte, das Studierendenparlament sowie der AStA haben eine Urabstimmung einberufen, die den Rektor unserer Universität, Prof. Dr. Loschelder, zum Rücktritt auffordern soll. Sowohl die Einberufung durch drei Gremien als auch der Inhalt der Abstimmung sind höchst ungewöhnlich. Im folgenden schildern wir einige Vorfälle, die zu dieser Urabstimmung geführt haben. Auch viele dieser Ereignisse hätten wir bisher nicht für möglich gehalten. Jeder einzelne der Punkte wäre wahrscheinlich auf anderem Wege zu regeln gewesen – in ihrer Summe führen sie aber dazu, dass die Studierendenvertretung die Urabstimmung als einzigen möglichen Ausweg sieht.

### Beitragsordnung

Im Frühjahr beschloss das Studierendenparlament eine Änderung der bisherigen Beitragsordnung zum nächsten Wintersemester. Damit wurde der Betrag des Semesterticketpreises (+4 €) an den durch den VBB erhöhten Preis angepasst, ein Beitrag für das studenteni-

sche Kulturzentrum (+2,50 €) eingeführt, und der explizite Einzug von Geldern für Hochschulsportförderung gestrichen (-0,51 €). Die Hochschulsportförderung sollte aus dem normalen AStA-/StuPa-Haushalt und den Geldern der Fachschaftsräte im Rahmen der Haushaltspläne geschehen.

Diese Beitragsordnung wurde vom Rektor nicht genehmigt. Das wurde dem AStA vom Studierendensekretariat zwei Tage vor der geplanten Verschickung der Rückmeldeunterlagen mitgeteilt. Außerdem wurde mitgeteilt, dass jetzt nicht die alte Beitragsordnung in Kraft bleiben würde, sondern eine durch die Kanzlerin in den Beträgen leicht geänderte benutzt werden solle.

Für die Studierendenschaft war dies gleich aus mehreren Gründen ein Skandal: Zum einen hat es vom Rektor nie eine Mitteilung über die Nichtgenehmigung gegeben. Zum anderen ermöglicht die Haushaltsaufsicht des Rektorats nur die Ablehnung, nicht aber die eigenmächtige Umänderung einer Beitragsordnung. Zudem sah sich der AStA extrem unter Zeitdruck gesetzt, weil er versuchen musste, die Genehmigung der neuen Beitragsordnung innerhalb von zwei Tagen zu erreichen. Wäre das nicht erreicht worden, hätte der Semesterticketvertrag unverzüglich zum WiSe 2004/2005 gekündigt und das Projekt Kulturzentrum aufgegeben werden müssen.

Der Rektor erklärte zur Nichtgenehmigung die Studierendenschaft habe den gesetzlich festgeschriebenen Auftrag den Hochschul-

sport zu fördern und müsse dies durch Beiträge zum Zentrum für Hochschulsport tun. Dass dabei das Ministerium seiner Rechtsauffassung widerspreche, sei irrelevant.

Später sagte er vor der Versammlung der Fachschaften, dass er über den Zeitmangel und die fehlende Informationsweiterreichung an die Studierendenschaft nicht informiert gewesen sei, weil die Entscheidung der Nichtgenehmigung auf Fachreferenten-Ebene gefällt wurde und er nicht alles wisse, was die Verwaltung täte. Zudem würde er, als großer Verfechter des studentischen Kulturzentrums, nichts tun, was dem Kulturzentrum schaden würde.

In einem kurzfristig anberaumtem Gespräch zwischen AStA, Rektorat und Verwaltung wurde festgelegt, dass der Rektor die Beitragsordnung nur unter einer „Maßgabe“ genehmigt: Der AStA solle mit den Gremienwahlen 2004 eine Urabstimmung durchführen, in denen die Studierenden über vier mit dem Rektorat abgestimmte Finanzierungsmöglichkeiten für das ZfH entscheiden können. In späteren Verhandlungen hat die Kanzlerin Kirchner darauf bestanden, dass diese Urabstimmung doch nicht durchgeführt wird. Der Grund dafür scheint zu sein, dass das Zentrum für Hochschulsport auf jeden Fall an den bestehenden Kursgebühren festhalten will, die durch die Urabstimmung gefährdet gewesen wären.

Die Beitragsordnung wurde schließlich befristet für ein Semester genehmigt. Da die finanzielle Situation der Studierendenschaft für das SoSe 2005 nicht absehbar ist, hat das Studierendenparlament dem AStA untersagt, den Mietvertrag für das studentische Kulturzentrum zu unterzeichnen, bis die Beitragsordnung entfristet wurde und damit die Finanzierung des Kulturzentrums gesichert ist.

### Einbehalten von Studierendenschaftsgeldern

In der Vergangenheit gab es einen Vertrag, laut dem alle Studierenden 0,51€ pro Semester für den Hochschulsport bezahlten, der dafür gebührenfrei angeboten wurde. Als im letzten Jahr Kursgebühren eingeführt wurden, kündigte der Rektor den Vertrag.

In diesem Sommersemester wurde das Geld (insgesamt ca. 8.000€) weiter eingezogen, es gibt aber keinen Vertrag mehr. Obwohl es sich klar um Beiträge der Studierendenschaft handelt, weigerte sich der Rektor nun das Geld an den AStA weiterzuleiten, dabei beruft er sich auf eine mündliche Vereinbarung aus dem Jahr 1991. In Verhandlungen war daraufhin vereinbart worden, den Betrag bis zur Klärung der Situation auf einem Konto liegen zu lassen. Wenig später hieß es dann, das Geld sei bereits an das Zentrum für Hochschulsport gegeben worden.

Weil unter diesen Bedingungen keine Verhandlung mehr möglich ist, sieht sich der AStA gezwungen das Geld einzuklagen.

### Berufungskommission

Das Rektorat legt keinen großen Wert auf die Mitarbeit von Studierenden in Gremien und ihre Beteiligung am Entscheidungs-

prozess: Auf das Versäumen eines Professors, die beiden studentischen Vertreter zu der ersten Sitzung einer Berufungskommission einzuladen, antwortete die Justiziarin, es sei „egal“ aus welchem Grund die Studierenden nicht zu Gremien eingeladen werden denn die Professoren hätten eh die Mehrheit. Diese Sicht wurde später von der Universitätsleitung nochmal bestätigt – nachdem man sich in der betroffenen Fakultät schon bei den Studierenden entschuldigt und den Fall als erledigt angesehen hatte.

### Ignorieren des Senats

Der Senat – das formal höchste Gremium der Universität – setzt sich aus Vertretern aller Statusgruppen zusammen. Auch die Studierendenschaft stellt zwei Mitglieder, die quasi die gleichen Rechte und Pflichten wie andere Senatoren haben. Ihre Anfragen an das Rektorat werden jedoch nicht ernst genommen.

Eine Frage zur Portal-Alumni-Ausgabe wurde vom Rektor lapidar beantwortet: „*Ich sehe keine Veranlassung zu ihrer Frage nach der Finanzierung der Zeitschrift Portal alumni Stellung zu nehmen, da dieser Komplex nicht in die Zuständigkeit des AStA fällt*“. Auf eine andere schriftliche Anfrage zur Chipkarte schrieb die Kanzlerin, dass sie die Fragen nicht beantworten würde, eh schon mündlich beantwortet hätte, und hoffe, dass die Studierendenvertreter wieder zu einem konstruktiven Arbeitsstil zurückfänden.

### Ignorieren der Studierendenvertretung

In Verhandlungen mit der Universitätsleitung wird regelmäßig an der Legitimation der Studierendenvertretung gezweifelt. Bei strittigen Fragen meint das Rektorat viel besser zu wissen was „die Studierenden“ überhaupt wollen und was gut für sie ist.

Wegen den andauernden Problemen bemüht sich der AStA schon seit Mai um einen Gesprächstermin mit dem Rektor. Ein solcher Termin wurde bereits mehrfach verschoben und am Ende ganz abgesagt. Offenbar hat der Rektor keine Zeit sich eine Stunde lang mit den Vertretern von 16.000 Studierenden zu treffen.



### Belegpunkte

Mit credit points (auf deutsch oft: Leistungspunkte) wird der Zeitaufwand für Studieneleistungen erfasst. Leistungspunkte müssen im Rahmen der Bachelor/Master-Umstellung in Brandenburg eingeführt werden.

Das Belegpunkte-System legt eine maximal studierbare Menge an Lehrveranstaltungen fest und ist deswegen ein Studienkontenmodell. Die Einführung ist nicht per Gesetz gefordert, wird aber von Seite der Universitätsleitung stark propagiert.

Das Rektorat vertritt die Auffassung, dass in einem Senatsbeschluss vom 18.04.2002 die Belegpunkte beschlossen wurden, und deswegen eingeführt werden müssen: *„In der LSK (Kommission für Lehre und Studium) hat X darauf hingewiesen, dass von dem Belegpunktesystem zwar nicht explizit im Beschluss die Rede ist, sich jedoch aus der Begründung des Beschlusses ergibt, dass das Leistungspunktesystem nur zusammen mit dem Belegpunktesystem eingeführt werden soll. Zwar ist dem betreffenden 6. Absatz der Begründung nicht von Belegpunkten, sondern von ‚credits‘ die Rede, allerdings war dieser Begriff zum damaligen Zeitpunkt das Synonym für Be-*

*legpunkte.“* (vertraulicher Brief von Dezernatsleiter Kurlemann, mit Zustimmungsvermerk von Kanzlerin Kirchner und Hinweis, dass dies auch der Rektor gesehen hätte; Name der Redaktion bekannt, aber aus Gründen der Vertraulichkeit in X geändert)

Die Studierendenschaft sieht in diesem Brief eine dreiste Umdefinition dieser Begriffe. Weiterhin haben Studierendenvertreter mehrmals darauf hingewiesen, dass ohne Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Einführung des Belegpunktesystems illegal wäre.

Die Prorektorin Frau Haßler vertritt auch weiterhin den Standpunkt, dass Belegpunkte in der gesamten Universität eingeführt werden müssen. Auf unterer Ebene hingegen, wie z. B. in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, wird die Auffassung vertreten, dass das Thema Belegpunkte vom Tisch ist. Zudem wurde angekündigt, keine weiteren Studiengänge mit Belegpunkten einzuführen.

### Umsetzung der Bachelor/Master Vorgaben

Seit zwei Semestern läuft an der Universität Potsdam die Modularisierung und die Umstellung auf Bachelor/Master. Diese Reform geht in einem heillosen Durcheinander von Statten. Es gibt keine eindeutige Position der Universität, wie die Umstellung geschehen soll. Viele Studiengänge und Institute fühlen sich alleingelassen und uninformiert. Besonders markant ist die Planlosigkeit bei der Umstellung der LehrerInnenbildung auf Bachelor/Master. Eine Rahmenvorgabe des Rektors gibt es nicht, die Umstellung läuft in nahezu jedem Studiengang anders. Eine vom Ministerium gesetzte Frist kann die Uni nicht einhalten.

Die gesamte Studienstrukturreform verläuft aufgrund der Planlosigkeit und des Zeitdrucks auf einem qualitativ sehr niedrigem Niveau – die Leidtragenden werden die Studierenden sein. Und statt auf konstruktive Vorschläge sowohl von studentischen Vertretern als auch von Professoren einzugehen, werden sie als „Blockierer“ dargestellt.

### Fazit

Wenn wir jetzt schweigen, akzeptieren wir den Status quo. Wenn wir jetzt schweigen, verzichten wir auf die verfasste Studierendenschaft.

Und wenn ihren gewählten Vertretungen die Legitimität abgesprochen wird, müssen sich alle Studierenden in einer Urabstimmung äußern.

Ein Rektor, der die Rechte der akademischen Gremien und insbesondere die der Studierendenschaft in diesem Maße mißachtet, schadet unserer Universität. Ein Rektor, der der Universität schadet, ist nicht länger tragbar.

# Demokratie statt Loschelder

Alle Organe der Verfassten Studierendenschaft der Universität Potsdam, also die Fachschaftsräte, das Studierendenparlament und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) haben eine Urabstimmung initiiert, in der unser Rektor Prof. Dr. Wolfgang Loschelder zum Rücktritt aufgefordert werden soll. Sollte er diesem Wunsch nicht nachkommen, dann soll der Senat den Rektor abwählen. Über die konkreten Anlässe, die in diesem Semester das Fass zum Überlaufen brachten, wird an anderer Stelle in diesem Heft ausführlich berichtet. Daher möchte ich hier nicht noch einmal ausführlich darüber referieren.

Stattdessen geht es mir um die politische Dimension hinter dem konkreten Streit zwischen Rektorat und Studierendenschaft und warum es politisch notwendig geworden ist, Rektor Loschelder zu stürzen.

## Hochschule in der Demokratie

Hochschulen spielen eine besondere Rolle in unserer Gesellschaft, was nicht zuletzt das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit im Grundgesetz belegt, das den dort tätigen Wissenschaftstreibenden gewährt wird, um sie vor Eingriffen durch den Staat zu schützen.

Die Hochschulen erfüllen vor allem fünf Funktionen:

1. Produktion von Wissen und Technologien
2. Reproduktion der Wissenschaftsgemeinschaft
3. Reproduktion des primären Bildungssektors (LehrerInnen etc)
4. Reproduktion der politischen, ökonomischen und sonstigen Eliten
5. Weiterbildungsaufgaben für Staat und Wirtschaft

Es ist leicht einsehbar, dass die Hochschulen damit von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft sind. Als staatliche Einrichtungen sind sie so was wie eine vierte Staatsgewalt, wohingegen Medien, Kapital, Lobbygruppen (wie NGOs) zum erweiterten Staat zählen.

Da unser Staat ein demokratisch verfasster Staat ist, nehmen die meisten (nicht ganz zu Unrecht) an, dass auch die Hochschulen als Staatsgewalt geistiger Produktion und Reproduktion demokratisch verfasst sein müssten. Dies ist formal auch tatsächlich so. Doch wie so oft gilt: Demokratie ist nicht gleich Demokratie.

## Eine Demokratie ist eine Demokratie ist eine Demokratie

Wenn ich über Demokratie spreche, so möchte ich hier gerne Unterscheidungen einführen, damit ich klarmachen kann, warum die Hochschulen immer schon dezidiert undemokratisch waren, wohingegen die Studierendenschaften spätestens seit 1968 genau das Gegenteil sind.

Die niedrigste Stufe von Demokratie ist die formale Legitimationsdemokratie<sup>1</sup>. Hier geht es lediglich darum, meist schon bestehende Machtverhältnisse durch eine Legitimationskette auf den Souverän, das Wahlvolk, zurückzuführen. Wie das Wahlvolk definiert wird und wie die Kette genau ausschauen muss, darüber gibt es natürlich keine Standards, so dass sich so ziemlich alles Demokratie schimpfen darf, was irgendwie mit freien Wahlen zu tun hat.

Die nächste Stufe ist die Verfahrensdemokratie. Hier geht es darum, möglichst faire Verfahren zu finden, um eine Konflikte in einer Gesellschaft oder aber in einem Subsystem wie zum Beispiel der Hochschule angemessen austragen zu können. Auch hier ist nicht gesichert, dass auch alle am Verfahren Beteiligten die gleichen Möglichkeiten haben, sich durchzusetzen. Neben dem Abstimmungsverfahren gibt es nämlich auch Strukturen, die bestimmte Abstimmungsergebnisse gar nicht erst zulassen.

---

<sup>1</sup> Ich befasse mich hier nicht mit den gängigen demokratietheoretischen Modellen, in denen es zu meist nur um konkrete technische Ausgestaltungen der vorgestellten Demokratiestufen geht.

Die dritte Stufe ist die kulturelle oder bewusste Demokratie. Legitimations- und Konfliktlösungsverfahren spielen eine untergeordnete Rolle. Dahingegen verstehen sich die AkteurInnen selbst als DemokratInnen und TrägerInnen demokratischer Kultur. Konflikte werden zuerst im freien Diskurs behandelt und erst dann im Notfall in Entscheidungsverfahren überführt.

### Die akademische Selbstverwaltung

Die akademische Selbstverwaltung beruht auf einem pervertierten Demokratieverständnis, das durch faule Legitimations- und Entscheidungsverfahren bestimmt ist. So wird der Präsident<sup>2</sup> vom Landeshochschulrat vorgeschlagen, der wiederum ein Gremium ist, das von der Landesregierung vollkommen intransparent eingesetzt wird. Der Senat der Universität Potsdam wählt dann den Präsidenten. Im Senat sitzen 6 ProfessorInnen, 2 Studierende, 2 Wissenschaftliche MitarbeiterInnen und eine VertreterIn aus Technik und Verwaltung. Damit wird das „Wahlvolk“ natürlich sehr schräg abgebildet. Die größte Gruppe – die Studierenden – haben kaum Einfluss. Mehrheiten werden vom „Professorium“ gefunden. Die Studierenden werden also strukturell von der Hochschulpolitik ausgeschlossen. Personifikation dieser pervertierten Form der Demokratie ist der Rektor als Amtsperson<sup>3</sup>.

Wir haben allgemeine Wahlen an der Uni, weil alle an den Wahlen teilnehmen können, wir haben geheime und halbwegs freie Wahlen (obwohl der Rektor zum Beispiel zur Urabstimmung von organisierten Trupps Plakate

<sup>2</sup> Formal ist Prof. Dr. Loschelder Präsident der Universität Potsdam. Damit ist gemeint, dass er im Gegensatz zu der Zeit vor dem neuen Hochschulgesetz (vor 1999) nicht mehr reine Exekutive des Senats ist, sondern nur noch von diesem gewählt wird. Fast alle Entscheidungen darf er allein, ohne Senat und ohne VizepräsidentInnen treffen. Rektor darf sich der Präsident aber weiterhin nennen, da er zum Professorium der Universität Potsdam gehört. Denkbar wäre nämlich auch ein Präsident, der dem Professorium nicht angehört.

<sup>3</sup> Unabhängig davon, ob der nun Loschelder heißt oder er eine SIE ist wie Gesine Schwan.

entfernen lässt), wir haben jedoch keine gleichen Wahlen zum Senat und keine gleichen und unmittelbaren Wahlen des Präsidenten. Die Stimme einer Studentin oder eines Studenten ist ja nur einen kleinen Bruchteil der Stimme einer Professorin oder eines Professors wert. Zudem wird der Rektor, der ja nicht mehr einfach nur Exekutive ist, von einem Gremium gewählt, das die Mehrheitsverhältnisse an der Universität auf den Kopf stellt.

### Die Verfasste Studierendenschaft

Die studentische Selbstverwaltung ist im Hochschulgesetz festgeschrieben. Daher spricht man von einer Verfassten Studierendenschaft. In Bayern und Baden-Württemberg längst abgeschafft, wird die Verfasste Studierendenschaft gerade in Hessen durch die Kochregierung abgewickelt.

#### „§ 62 Studierendenschaft

(1) Die Studierenden einer Hochschule bilden die Studierendenschaft. Sie ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule. Sie verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Aufgaben der Studierendenschaft sind:

1. die Wahrnehmung der Interessen der Studierenden,
2. die Förderung der politischen Bildung sowie der geistigen und musischen Interessen ihrer Mitglieder,
3. die Mitwirkung an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschulen (§ 3), insbesondere durch Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragestellungen,
4. die Unterstützung der sozialen Belange ihrer Mitglieder,
5. die Pflege der überregionalen und internationalen Beziehungen der Studierenden und
6. die Förderung des Sports im Rahmen des Hochschulsports.

(2) Für die Wahlen zu den Organen der Studierendenschaft gilt § 60 entsprechend. Sie sollen gleichzeitig mit den Wahlen der Organe der Hochschule durchgeführt werden. Die Studierendenschaft untersteht der Rechtsaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten.

(3) Die Studierendenschaft gibt sich eine Satzung. Sie wird von ihrem obersten beschlußfassenden Organ mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder beschlossen. Eine Änderung der Satzung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder ihres obersten beschlußfassenden Organs. Die Satzung ist der Präsidentin oder dem Präsidenten anzuzeigen.

(4) Die Studierendenschaft erhebt von ihren Mitgliedern Beiträge. Die Höhe der Beiträge ist auf das Maß zu beschränken, das zur Erfüllung ihrer Aufgaben unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erforderlich ist. Die Beiträge sind von der Hochschule kostenfrei einzuziehen. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft bestimmt sich nach § 106 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung.

(5) Der Haushaltsplan und die Festsetzung der Beitragshöhe bedürfen der Genehmigung der Präsidentin oder des Präsidenten. Die Genehmigung des Haushaltsplanes darf nur versagt werden, wenn

die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung verletzt worden sind. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof des Landes Brandenburg. Für ihre Verbindlichkeiten haftet nur ihr Vermögen.“

Die Studierendenschaft ist damit die einzige Struktureinheit, die sich dem Einfluss des Präsidenten weitestgehend entziehen kann. Er muss den Haushalt und die Beitragsordnung genehmigen und hat die Rechtsaufsicht, was lediglich bedeutet, dass er einschreiten kann und muss, wenn die Studierendenschaft als Teilkörperschaft der Universität gegen geltendes Recht verstößt.

Gerade nach der zunehmenden Abwicklung der ohnehin schon undemokratischen Hochschulgremien (Auflösung des Konzils 1999, Entmachtung des Senats) kommt der Verfassten Studierendenschaft eine besondere Rolle in der Hochschulpolitik zu.

Die Studierendenvertretung wird von allen Studierenden in allgemeiner, freier, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl gewählt und die Exekutive ist jederzeit durch das Parlament absetzbar. Zudem gibt es direktdemokratische Verfahren wie Vollversammlung und Urabstimmung. Die Studierendenschaft ist also im Gegensatz zur akademischen Selbstverwaltung das Paradebeispiel einer vernünftigen Legitimations- und Verfahrensdemokratie.

Darüber hinaus hat die Studierendenschaft aber auch immer den Anspruch vertreten, eine demokratische Kultur an der Uni etablieren zu wollen, in der noch ein freier Diskurs möglich ist. Nichts anderes wäre an einer Universität angemessener als eben dies.

Allerdings haben die ProfessorInnen (nicht unsere, sondern der Marburger Kreis) ausgerechnet die Wissenschaftsfreiheit vor dem Bundesverfassungsgericht (1973) für sich instrumentalisieren können, um allen anderen Gruppen an der Hochschule Mitspracherechte zu verweigern und eine freien Wissenschaftsdiskurs zu verhindern. Faktisch sind nach der geltenden Rechtsprechung nur ProfessorInnen TrägerInnen der Wissenschaftsfreiheit; ein harter Schlag ins Gesicht des wissenschaftlichen Personals und der Studierenden.

### Studierendenschaft gegen Rektorat

Ich halte nichts davon, mit Naturnotwendigkeiten zu argumentieren. Was gesellschaftliche Verhältnisse angeht, so existieren ja nur angebliche Sachzwänge, die gesellschaftlich erst produziert werden. Somit kann man auch nicht sagen, dass es mit absoluter Notwendigkeit so kommen musste, dass der Rektor die vorherrschende Erfüllungsdemokratie auf die Verfasste Studierendenschaft auszudehnen versucht. Natürlich ist es seine strukturelle Aufgabe, die oben genannten fünf Funktionen der Universität zu erfüllen. Doch er hat natürlich Spielraum, diese Funktionen auf die eine oder andere Weise auszugestalten.

Nun ist es so gekommen, dass Rektor Loschelder nicht nur struktureller Gegner der Studierendenschaft ist (als minderdemokratisch eingesetzter Präsident), sondern auch zum ideologischen Gegner der Studierendenschaft avancierte.

Zwei ideologische Einflüsse machen sich hier geltend. Zum einen der als „Neoliberalismus“ umschriebene Abbau staatlicher Verantwortlichkeit zugunsten eines stärkeren politischen Einflusses des Kapitals (Wirtschaft wäre hier ein irreführender und falscher Begriff). Daher gefällt er sich als Modernisierer, wo er doch nur die Universität Potsdam von freier Wissenschaft zunehmend entschlackt, was sich nicht zuletzt in der unter ihm gesunkenen ProfessorInnenstellen von ursprünglich 263 auf 190+x ausdrückt. Der von ihm mitverantwortete Wissenschaftsabbau wurde vor dem neuen Hochschulgesetz noch heftig bekämpft und wird uns nun als Profilbildung verkauft.

Zum anderen merkt man, dass Wolfgang Loschelder ein klassisch konservativer CDUler ist, der noch klare Vorstellungen von Führung, Elite und katholischer Arbeits- und Sozialethik hat. Ihm passt die Rolle des kleinen Monarchen ganz gut. Das Ob und Wie seiner Amtsführung macht er folgerichtig nicht etwa vom Willen des Wahlvolkes abhängig, sondern ganz allein davon, ob er mit sich und seinen Untergebenen im Reinen ist, wie er es noch ohne jede Ironie den Studierenden auf der Vollversammlung erklärte. Hier regiert noch ein Rektor des Politikertyps Helmut Kohl, der den Sinn demokratischer Verfahren entweder nicht verstehen will oder sie als lästig empfindet. Kritik an seiner Amtsführung kränkt ihn (siehe PNN-Interview „Das tut weh“, unter Presseschau des AStA zu finden).

Was seine inhaltliche Amtsführung angeht, so übernimmt er mangels eigener Vorstellungen unreflektiert jeden neoliberalen Reformvorschlag und drückt dies auch gegen alle Widerstände unter den Studierenden durch, da er ja als konservativer Präsident vor allem Stärke zeigen muss.

Sein Führungsstil orientiert sich an konservativer Etikette. Die Rektorenkette darf nicht fehlen. Die Feiern sind immer weitgehend geschlossen. Von der Öffnung der Universität, wie sie von der Studierendenschaft durch die Sommerfeste, das Kulturzentrum und vielerlei Aktionen betrieben wird, hält er selbst nicht viel und unternimmt daher nichts Vergleichbares. Öffentlich würde er das aber auch nie kritisieren, da er weiß, dass dies unpopulär wäre und vor allem eine deutliche Schwäche seiner eigenen Amtsführung aufzeigen würde.

### Warum Rücktritt?

Unser Rektor Loschelder hat nach Jahren des Niedergangs unserer Universität und der gleichzeitig steigenden Verantwortung für diesen Umstand jedes Maß und vor allem den Draht zu den Gruppen der Hochschule verloren. Dass er seine ProrektorInnen 1999 noch unbedingt nach altem Gesetz wählen lassen wollte, damit weder Studierende noch MitarbeiterInnen in die Hochschulleitung gelangen konnten<sup>4</sup>, mag als frühes Beispiel dieser Entwicklung ausreichen.

Sein rüdes Vorgehen gegen die Studierendenschaft ist nur zu verstehen, wenn man betrachtet, dass die im Gesetz angelegte Strategie der Einsetzung eines Erfüllungsgehilfen vor Ort, tatsächlich aufgegangen ist. Waren damals Kürzungen im Hochschulbereich immer wieder am Widerstand der Hochschulen gescheitert, so suchte man sich nun Verbündete innerhalb der Hochschulen. Die Mittelzuweisungen wurden globalisiert und somit war es dem Präsidenten überlassen, wer über die Klinge springt. Rektor Loschelder, damals Verfechter eines Miteinanders an der Uni, passte auf diese Strategie wie die Faust auf's Auge. Seine konservative Amtseitelkeit verleitete ihn dazu, all das umzusetzen, gegen das man früher gemeinsam gekämpft hatte. Seine nun „profilierter“ Universität Potsdam hätte er früher noch als nicht mehr handlungsfähig beschrieben.

Die Verfasste Studierendenschaft ist neben dem Personalrat das einzige Gremium, das sich seinem Einfluss weitestgehend entziehen kann.

---

<sup>4</sup> Nach neuem Recht war es möglich, dass auch Studierende und MitarbeiterInnen in die Hochschulleitung gewählt werden. Allerdings sieht das Gesetz vor, dass der Präsident bzw. die Präsidentin niemals überstimmt werden kann.

Genau dies scheint sie zur permanenten Zielscheibe zu machen. Polemiken gegen „die Funktionäre“ und die Unterstellung, man vertrete ja gar nicht die Studierenden (aufgrund der geringen Wahlbeteiligung) sind nur der Anfang einer unvorstellbaren Flut von Angriffen auf die Handlungsfähigkeit der Studierendenschaft. Er nutzte alle ihm zustehenden Rechte und überreizte diese sogar noch, um eine Studierendenschaft zu torpedieren, die nicht etwa Grabenkämpfe mit dem Rektorat führen wollte, sondern sich ganz einfach und sachlich für die Interessen der Studierendenschaft eingesetzt hat (Chipkarte, Hochschulsport...). Die wichtigsten Entscheidungen ließ der AStA ja auch durch Urabstimmungen entscheiden. Dass der Rektor den gemäßigten grün-roten AStA nun im Nachhinein zum Krawallschläger deklariert, zeigt nur, dass er sich verrannt hat und nun seine Sicht der Wirklichkeit seinen Aktionen und Reaktionen anpassen muss, um vor sich selbst wenigstens noch bestehen zu können.

Nicht zuletzt sei darauf hingewiesen, dass unser Rektor sich ganz eindeutig zu Studiengebühren positioniert. Zwar war er selbst nicht auf der entsprechenden letzten Sitzung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) anwesend, wo die HRK sich für Studiengebühren im Bereich von 500–2000 Euro pro Semester ausgesprochen hat. Aber es ist unbestreitbar, dass er dem zugestimmt hätte. Dies bemerkte er auch noch einmal im Senat. Er verletzt damit nicht nur in schlimmster Form die sozialen Belange der Studierenden seiner Universität und verstößt damit gegen seine präsidialen Pflichten. Er schottet auch die Universität gegenüber den Kindern bildungsferner Schichten ab.

Dem Menschen Loschelder sei jeder Fehler verziehen. Es geht hier nicht um ein persönliches Tribunal. Es geht darum, dass er nicht in der Lage ist, sein Amt zum Wohl der Universität weiter zu führen. Er ist mitverantwortlich für die schwierige Haushaltslage an unserer Hochschule, er hat es versäumt, die Finanzierung der Bibliotheken frühzeitig abzusichern und er hat es nicht vermocht, unserer Universität die Öffentlichkeit zu schaffen, die ihr gebührt und die notwendig wäre, um als größte Hochschule des Landes auch stetig nach außen zu wirken.

Ohne Not hat er mit der Verfassten Studierendenschaft gebrochen und ihr den Kampf angesagt. Somit müssen die Studierenden ihm laut und vernehmlich sagen, dass es so nicht geht und dass es auch mit ihm kein Zurück mehr gibt. Wir brauchen einen Neuanfang an dieser Universität und den kann es nur nach Loschelder geben! Unsere Parole lautet also:

**„Demokratie statt Loschelder!“**

---

## Impressum

Herausgeber: Die Redaktionen von **DER BERND** (Mitarbeiter: Andreas Kellner, Sönke Klinger) und **Der Babelsberger** (Mitarbeiter: Axel Dierich, Conrad Ehrlich, Benjamin Kleemann, Michael Plazek, Frank Richarz, Martin Schütte, Stephan Uhlmann)



## Gut verkauft.

### Ein spontaner Eindruck nach der Vollversammlung.

Die Vorstellung Herrn Loschelders in der Vollversammlung heute (am 22. Juni '04) war eine gekonnte Show und Selbstinszenierung und erweckte den Eindruck von Ignoranz und Selbstverliebtheit. Er hat es erfolgreich verstanden, einen großen Teil der (wenigen) anwesenden Studis auf seine Seite zu ziehen, indem er

1) auf einem mysteriösen „Kompromiss“ zwischen Studierendenschaft und dem Hochschulsport aus dem Jahr 1991 herumritt, der seine Zurückbehaltung der ca. 6500 € rechtfertigen soll und angeblich nichts mit dem im letzten Semester von ihm gekündigten Vertrag zu tun hat (im Rahmen des Vertrages war die Zahlung dieser 0,51 € pro Studi geregelt),

2) persönlich tief beleidigt über die Rücktrittsforderung der 5 FSRs getan hat und – leider erfolgreich – versucht hat, Mitleid zu erhaschen,

3) sich selbst beweihräucherte mit der Aussage, nur das Beste für die Uni zu wollen und auch nicht an Rücktritt zu denken solange dies der Fall ist, auch wenn es für den Rücktritt mehrfache demokratische Forderungen gibt (von 5 FSRs, dem AStA, dem StuPa und im Falle eines positiven Votums der Urabstimmung sogar der Studierendenschaft direkt),

4) sich in undurchsichtigen und wirren Argumenten in Bezug auf die Hochschulsportgelder verding und KEIN Wort zur Missachtung der demokratischen Gremien der Universität durch das Rektorat, geschweige denn zu den vielen weiteren Vorwürfen verlor und

5) Verachtung zeigte für die gewählten und kritisch urteilenden Studierendenvertreter egal aus welcher politischen Richtung: Er nannte sie schlichtweg „Funktionäre“. Sicherlich kann man Herrn Loschelder Recht geben, dass es unglücklich ist und nicht gerade einen guten Kommunikationsstil ausmacht, wenn der AStA einen Tag vor einem Gesprächstermin mit

ihm die Pressemitteilung über den geforderten Rücktritt veröffentlicht. Aber hätte es einen Unterschied gemacht, die Mitteilung einen Tag später rauszuschicken? Dass diese Angelegenheit an die Öffentlichkeit muss, versteht sich angesichts ihrer Bedeutung von selbst.

Zudem muss man zurückfragen: Mal abgesehen von der Zurückbehaltung der Gelder für den Hochschulsport, zeugte sein Kommunikationsstil über die letzten Monate hinweg etwa von Respekt und Kooperationsbereitschaft? Die Respektlosigkeit und die Vernachlässigung der seit der Einführung des neuen Hochschulgesetzes ohnehin nur noch wenigen Rechte der Studierendenschaft zeigen das Gegenteil. Herr Loschelder hat uns, die Studierenden, zuviel mit den Füßen getreten, als dass man noch weiter Hoffnung auf ein friedliches, kooperatives Miteinander haben könnte.

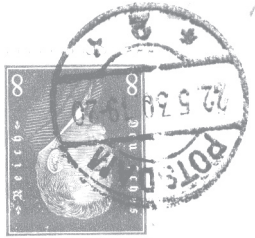
Wehren wir uns!





### Leserbrief

Offener Brief an den Rektor



An den Rektor der Universität Potsdam  
Seine Magnifizenz Wolfgang Loschelder  
Haus 1, Neues Palais

Betreff: Nichteinladungsermächtigung zu Be-  
rufungskommissionen

Sehr geehrter Herr Loschelder,

ich will die Gelegenheit nutzen, um mich bei Ih-  
nen endlich einmal ausführlich zu bedanken.

Mit der im Januar von Ihrer Justiziarin gege-  
benen Rechtsauskunft waren wir endlich in  
der Lage, unseren Studierenden fundiert ver-  
mitteln zu können, dass es die Rechtsansicht  
der Universität ist, dass das Nichteinladen der  
studentischen Kommissionsmitglieder keinerlei  
negative Auswirkungen auf ein Berufungsver-  
fahren hat. Lobenswert war ebenfalls, dass Sie  
diese Auskunft, nach der Bemäkelung durch  
die Studierenden, durch Ihren Dezernatsleiter  
Kurlmann und die Kanzlerin Kirchner bestä-  
tigen ließen.

Stimmen zwar aufgeschrieben werden, dies  
aber ohnehin keine Auswirkungen auf die  
Mehrheit hat?

Leider muss ich Ihnen auch mitteilen, dass  
ich ein wenig enttäuscht darüber bin, dass  
Sie dem Druck der Studierendenenschaft (durch  
diese an den Haaren herbeigezogene Urab-  
stimmungsfrage) und der Professoren aus der  
Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fa-  
kultät letzte Woche dann doch nachgegeben  
haben, und erklärten, dass es jetzt doch ein  
Verfahrensfehler sei, wenn man Studierende  
nicht zu Gremiensitzungen einlädt. Treffend  
fand ich hingegen Ihre Feststellung - dass  
man, bei der Beurteilung dieses Sachver-  
haltes, rechtlich durchaus unterschiedliche  
Standpunkte vertreten kann.

Damit haben Sie es denen noch mal richtig  
gegeben. Gute Arbeit. Weiter so!

Beste Grüße in Ergebenheit Ihr,  
N.N.

Die Rechtsansicht der Studierenden, dass eine  
Nichteinladung ein Verfahrensfehler sei - lä-  
cherlich! Wir Professoren haben sowieso die  
Mehrheit. Und warum sollten wir Leute mit  
abstimmen lassen, wenn deren Ja- und Nein-

Selig sind die geistig Armen.  
BERND  
Dir Deine Meinung!  
bernd@rz.uni-potsdam.de  
aus dem Wanka-Evangelium

## Gold ist nicht gut genug!

SPENDENAUFUF

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte beteiligen Sie sich an der Aufwertung der Amtskette des Rektors. Gold ist einfach nicht gut genug für ihn. Er hat Platin verdient.

Wir sind zuversichtlich die neue Amtskette aus reinem Edelmetall

bereits zum zehnjährigen Amtsjubiläum am 1. Oktober 2005 im feierlichen Festakt übergeben zu können.



Spendet Zahngold!

Ihre Spende überweisen sie

bitte auf folgendes Konto:

KontoNr: 4503058199

BLZ: 16050000 (Mittelblrankenburgerische Sparkasse)

Kontoinhaber: Bernd Chfredakteur Andreas Kellner

Verwendungszweck: PlatinKette

Sofern die notwendige Summe nicht zusammen kommen sollte, kommt es der Bernd-Redaktion für einen wohltätigen Zweck zugute.

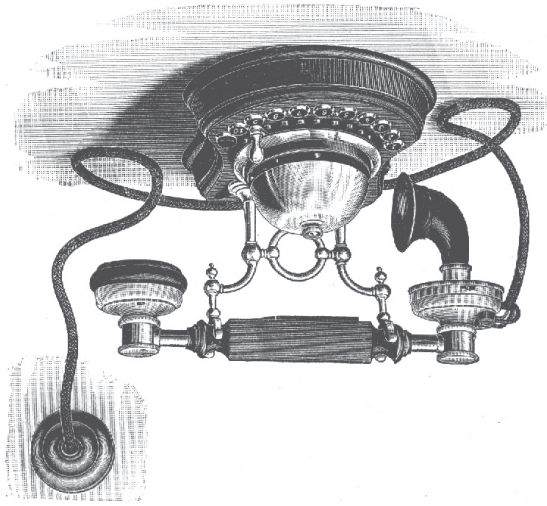
Zu Diensten Ihre Wolfgang Redaktion

## Gegendarstellung

Bedauerliches Mißverständnis

Es gibt das Gerücht, dass das Rektorat die Weiterleitung der Email, in der der studentische Wahlausschuss (StWA) die Urabstimmung ankündigte, bewusst verzögert hat.

Wir stellen richtig: Die Pressestelle war aufgrund der hohen Anzahl der zu moderierenden E-Mails am Mittwoch nicht in der Lage, die E-Mail des StWA vom Freitag vor 21 Uhr über die Student-List zu versenden. Dies haben wir auch wiederholt gegenüber den anruhenden Vertretern der Studierendenenschaft erklärt. Die schnelle Freischaltung der um 15:30 vom Rektor geschriebenen Email um 16:00 lag lediglich an technischen Gründen.



Jetzt wird jedes Wort abgerechnet!

ve Vorschläge der studentischen Vertreter sind leider ausgeblieben“, handelt es sich nicht um politische Äußerungen.

Dazu stellen wir richtig:  
1. Laut Moderationskriterien geniesßen Informationen des Rektors besonders Vorrang.  
2. Bei der Äußerung des Rektors, das Studierendenparlament habe die Verhandlungen zur Hochschulsportfinanzierung scheitern lassen und dem Hinweis von der Prorektorin, „konstruktive

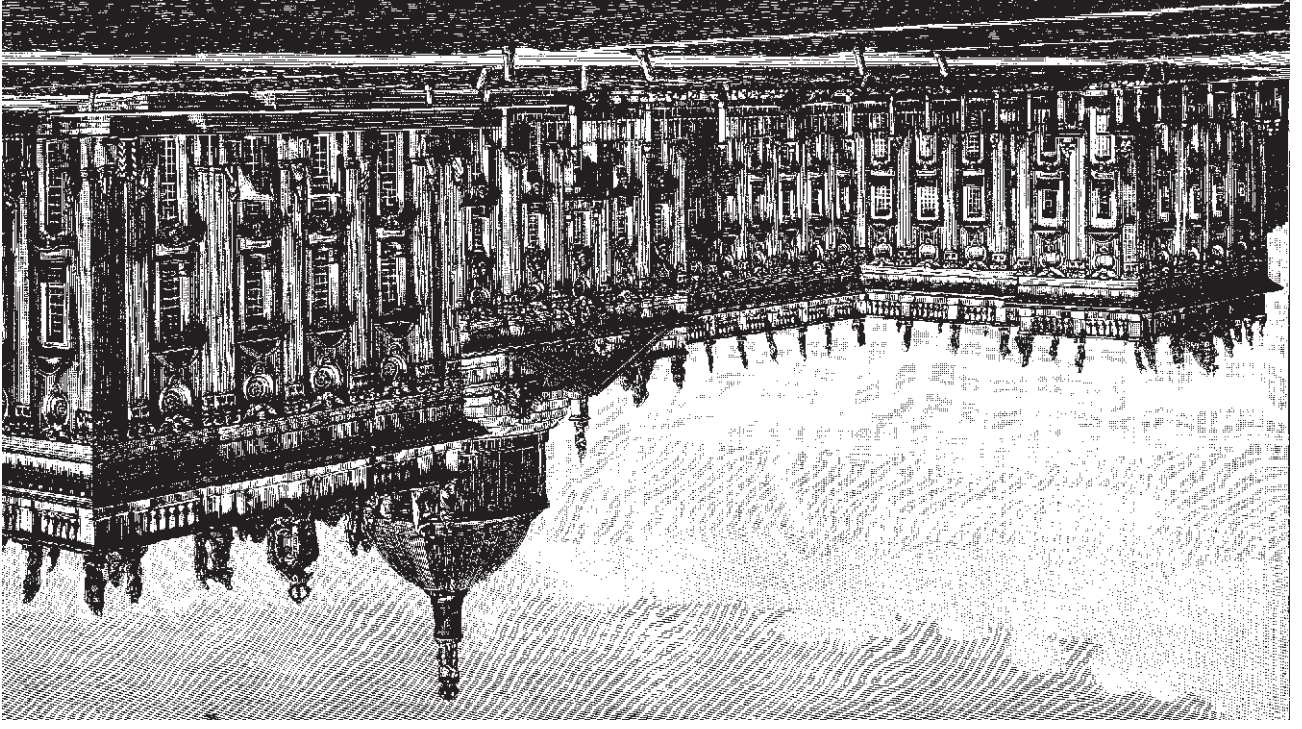
Moderationskriterien nicht weitergeleitet werden dürfen.

Weiterhin wurde behauptet, die E-Mail von Herrn Rektor Loschelder und die tags drauf veröffentlichte E-Mail von Frau Prorektorin Häslar wären politische Äußerungen, die laut Moderationskriterien

um den älteren Semestern einen Anreiz zum Abschluss, ein Sprungbrett ins Leben, zu bieten. Nicht, daß das Studentenwerk gerade auf diese Gelder zwingend angewiesen war. Doch womöglich hätte sich auch diese Geste als Zeichen der Solidarität herausstellen können, wie sie schon Frau Wanka, ihres Zeichens derzeitige Wissenschaftsministerin des Landes, bei einer Podiumsdiskussion in der FHP Anfang des Jahres in den Gebäuherhöhungen sah. Damals erläuterte Frau Wanka, daß Miete und Gebühren ja am Ende sowieso von den Eltern gezahlt würden, ohnehin jeder Student Barfög erhielt und es damit keine Not gäbe, was sie natürlich über die Kinder ihrer Kollegen aus dem Ministerium direkt im Blick hätte. Auch Herr Loschelder ist natürlich nicht kindlos. Er kennt die Probleme junger Menschen, auch er selbst war einmal jung. Nun gut, die Initiative beim Studentenwerk wurde trotzdem niedergestimmt. Doch in der Rede vor der Vollversammlung der Studierendenschaft wurde Herr Loschelder dennoch nicht müde, auf gemeinsame Erfolge

zu verweisen. Denn nicht immer in seiner seit 1995 laufenden Amtszeit sei das Verhältnis zu der Studierendenschaft getrübt gewesen, wie es die studentischen Vertreter für die vergangenen Jahre der Öffentlichkeit glaubhaft machen wollen. Mitnichten; Ohne zu zögern, ist ein Beispiel parat: Hatte nicht das Rektorat die Studentenstreiks von 1997/98 (die Bernd-Streikausgabe berichtete), wo es nur ging, unterstützt?

Am Ende der Vollversammlung war die Studierendenschaft gespalten. Die einen bezichtigten ihn der Lüge und sahen lieber heute als morgen eine Universität, die führungslos – nur durch den mit Professoren und studentischen Vertretern besetzten Senat regiert – dasteht. Andere erkannten das Wesen des Herrn Loschelder, ein strenger aber gerechter Vater für die gesamte Uni-Familie besser. Die-se Geschlossenheit, den Wunsch, einen Rektor wie ihn zu behalten, soll die nun folgende Urabstimmung belegen.



Die schönste Aussicht für die hellsten Köpfe – Blick aus dem Rektorat

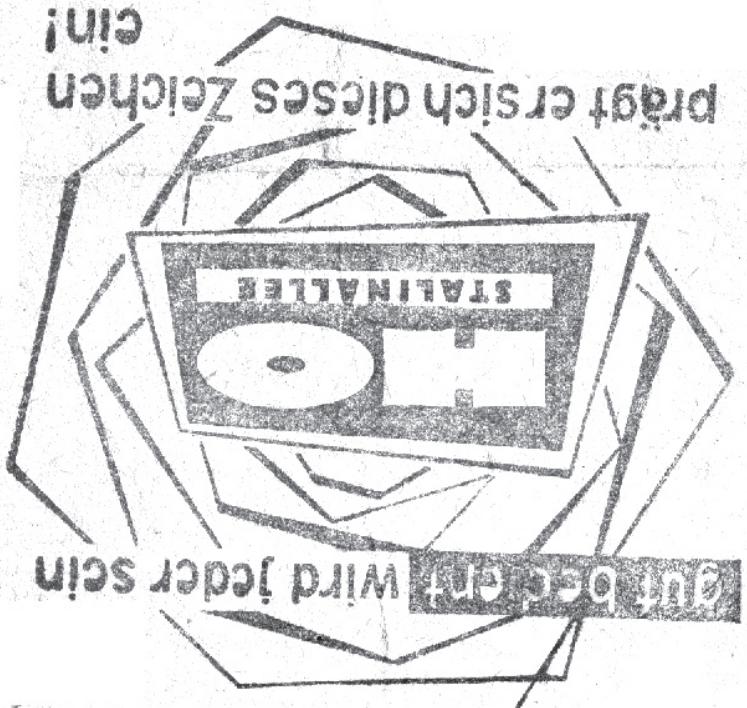


# Vollversammlung

Wie es wirklich war

Am Dienstag, den 22. Juni, rief der AstA zur Vollversammlung auf und alle kamen. Auch der eingeladene Rektor, Herr Professor Doktor Loschelder, war vor Ort. Eigentlich war dies schon verwunderlich, denn eine StuPa-Legislatur war schon einmal zu kurz, als daß der Herr Rektor die Zeit gefunden hätte, innerhalb der bekanntesten Sitzungstermine zu erscheinen und Fragen zu beantworten.

Da hat er all die Jahre so sehr die Uni nach außen vertreten, daß man sich innerhalb der



Viele Leute sind auch vom Rektorat bedient

Positionierung zu verhindern. Zusammen schaffen wir das, gab er in seiner Rede vor den Anwesenden zu verstehen. Gemeinsam sind wir stark! Denn wichtig ist doch, was dabei hinten herauskommt! Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Doch nicht jeder der Anwesenden war bereit, den gereichten Ölzwig anzunehmen. Herr Loschelder wurde deutlicher: Natürlich wisse er, wie man Selbstkritik schreibe. In guter alter DDR-Tradition folgte diese öffentliche Selbstkritik nun auch umgehend. Selbstverständlich habe sich der in der ewigen Stadt Geborene nichts vorzuwerfen. Doch wenn man nur oft genug mit Schlammerlöffeln werfe, dann bleibt auch etwas Schutz haften (Korrektor: Das hat nicht der Rektor gesagt! Das ist ein Goebbels-Zitat!) Er sei zu der Erkenntnis gelangt, daß er mit seinen bald 65 Jahren Lebensweisheit nicht so ungestüm auf diese frechen AstA-Pressesemiteilungen hätte reagieren dürfen. Lieber erst mal mit den AstA-Referenten persönlich zu reden statt nun über empörte Pressesemiteilungen den Streit nach außen kundzutun wäre die richtige Lösung gewesen, sagt die Stimme der Vernunft. Doch zu spät! Es hagelt nur so an Vorwürfen ehemaliger und amtierender AstA-Referenten, eine Zusammenarbeit wäre schon seit langem nicht zustande gekommen.

Universität geradezu vernachlässigt fühlte und während der Herr Loschelder noch in Gesprächen mit dem Ministerium für Wissenschaft des Landes Brandenburg war, stieß ihm seine Studierenden hinterhältig den Dolch in den Rücken. Nun also war die Not groß und die Teilnahme des Rektors an der Vollversammlung natürlich eine Selbstverständlichkeit. War es sonst üblich, daß dem Rektor bei vielen seiner Auftritte die Damen vorausblieb es diesmal spartanisch. Sicher hätten die Studierenden sonst auch nur behauptet, er wolle sie trinken machen um eine "klare"

Lieber wollte man wissen, wohin beispielsweise die studentischen Gelder des Hochschulsports im Einzelnen gehen, statt mit seinem Wissen schnell einen Abschluß zu bekommen und die Wirtschaft zu stärken. Sicherlich grollte auch mancher über den scheinbar unabgesprochenen Antrag der Hochschulleitung an das Studentenwerk, man möge doch gestaffelt die jedes Semester erhobenen StuWe-Gebühren steigern,



### Einladung zur Umbenennung in WL-Universität

Einladung zur feierlichen Umbenennung der Universität Potsdam in „Wolfgang-Loschelder-Universität Potsdam“.

Wir freuen uns, Sie zur feierlichen Umbenennung der Universität Potsdam in „Wolfgang-Loschelder-Universität Potsdam“ einzuladen.

Am Dienstag, dem 29. Juni 2004, ab 9:00 Uhr wird auf dem Gelände des altehrwürdigen Campus Neues Palais feierlich die Umbenennung der Universität nach ihrem Macher der ersten Stunde seine Magnifizenz, Herrn Professor Dr. Wolfgang Loschelder, erfolgen.

Mit dieser Umbenennung werden die in den jetzt schon beinahe zehn Amtsjahren als Rektor erbrachten Leistungen und insbesondere seine außergewöhnlichen Verdienste für die demokratische Universität und die Studienstrukturreform geehrt, die ihn zu einem allseits geschätzten und bewundernten Menschen, weit über die Landesgrenzen hinaus, gemacht haben.

### Verschönerung!

Unwahrheiten aufgedeckt

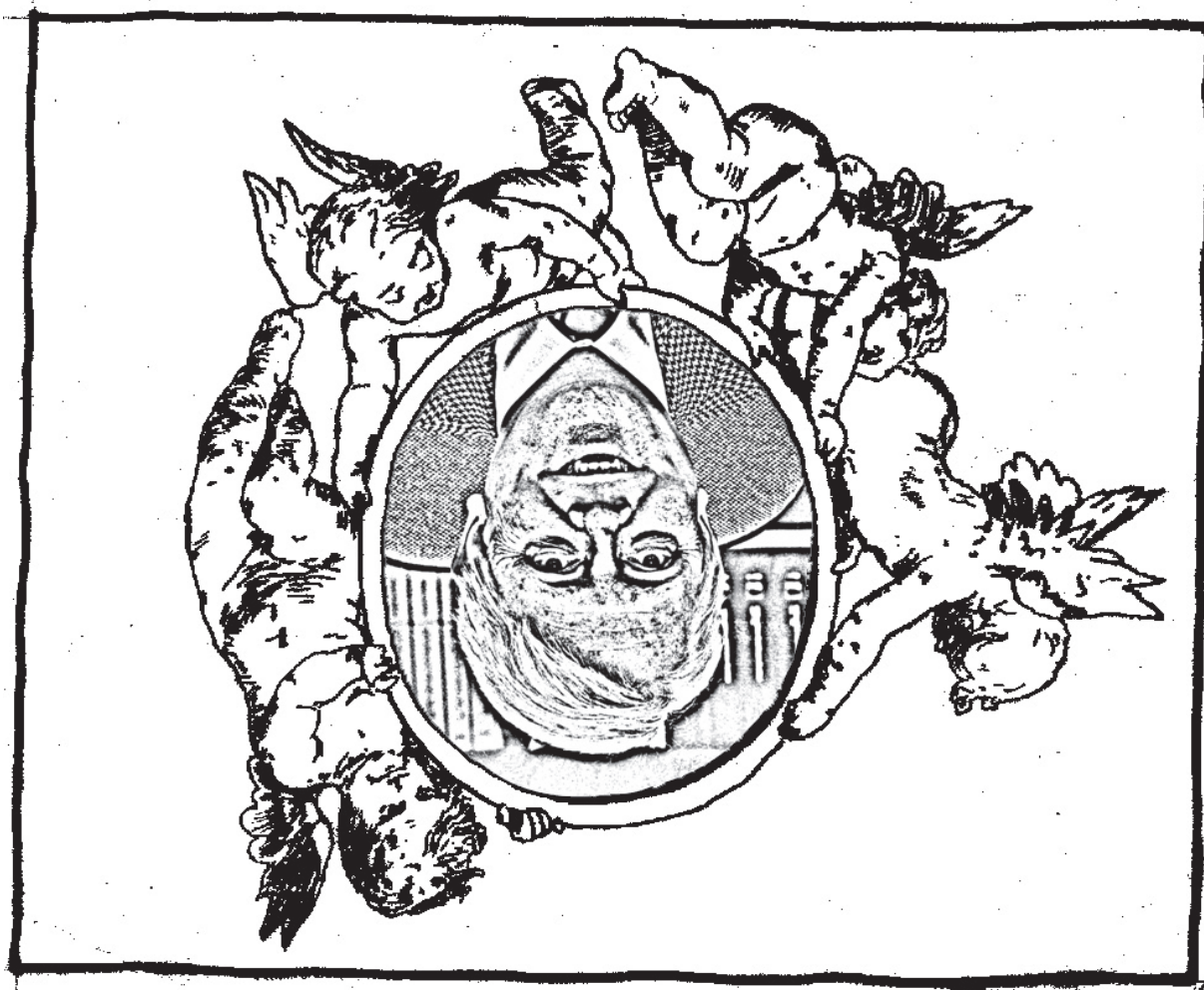
In intriganter Weise hat sich die Studierendenschaft, anstatt auf die Rechtsauskunft vom Dezernat für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu vertrauen, direkt an das Ministerium gewandt und eine – vorläufige – Prüfung der rechtlichen Lage erwirkt. Resultat war ein unsägliches Schreiben des Ministeriums, was von Falschaussagen nur so wimmelt. So wird behauptet: „Diese Beiträge stehen der Studierendenschaft in eigener Verantwortung für satzungsgemäße Zwecke zu.“

Eine so offensichtliche Lüge, dass dem Rektor nichts anderes übrig blieb, als zu erklären, dass die Universität, egal wie es das Ministerium sieht, bei ihrer Auffassung bleiben wird.

Was Recht und was Unrecht ist, wird zum Glück nicht von externen Juristen sondern vom Dezernat für Personal- und Rechtsangelegenheiten für Personal- und Rechtsangelegenheiten ehrenwerte Rektor Loschelder – für unser aller Wohl – die Hand drauf und entscheidet, was für eine Rechtsauslegung an der Universität vertreten wird.

Aktuell versucht die Studierendenschaft Gelder zu bekommen, die der Rektor aus ihrem Etat zurückerhält. Die sind doch tatsächlich der Meinung, das sei ihr Geld!

Studierendenschaft und Ministerium hecken Gemeinheiten gegenüber unserem geschätzten Rektor aus!!



Die Redaktion

Oder ist bisher auch nur ein Fall bekannt geworden, bei dem Intellektuelle von unserer Hochschule deportiert wurden? Na also!

Auch ein Gesetz, das ihm bei schwerem Seegang die alleinige Steuerung der Universität zuschreibt, ohne, daß erst Professorenschaft oder studentische Vertreter gefragt werden müssen, wie man denn nun die Klippen umschiffe, wird prompt als „Ermächtigungsgesetz“ ausgelegt und als Feind der demokratischen universitären Strukturen gebrandmarkt. Wir wissen es natürlich besser. Es gibt kein Ermächtigungsgesetz und der Rektor maßt sich auch keine – womöglich diktatorischen – Alleinentscheidungen an.

Freches Volk unterstellt ihm, daß er – wenn überhaupt – eher gegen die Interessen der Studierendenschaft und der Universität arbeite.

Viel hat man in letzter Zeit über unseren Rektor, den verehrten Professor Doktor Wolfgang Loschelder, gehört.

Hausmitteilung



**DER WOLFGANG**

Potsdams Studienzettelung mit

**KLEINE AUSGABE.**

LITERATUR

WISSENSCHAFT

KUNST

INDUSTRIE

LITERATURE  
ACADEMIE  
INDUSTRIE  
WISSENSCHAFT  
KUNST

PHILOSOPHIE  
MATHEMATIK  
PHYSIK  
CHEMIE  
HISTORIE  
RECHT  
POLITIK  
MUSIK  
LITERATUR

Stufe  
Kommunikation  
Stufe

